

Bewegungspreis:

Wöchentlich 15 Pf., monatlich 50 Pf., ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Monatshefte ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 25. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Neue Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre.

Hamburg, 25. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der in Hamburg an dem Putschversuch ...

Während des Putsches des Obersten v. Wangenheim ...

Der Abtransport aus Döberitz.

Wie uns aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, ...

Erneuter Generalstreik in Halle.

Halle a. S., 25. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Lage in Halle ist äußerst gespannt. ...

Die Diktatur der Kappitäne.

Kapp ist nicht mehr so wehrlos, aber seine Kappitäne sind noch da, ...

In Potsdam ist immer noch Herr von der Gardt Kommandant. ...

In Romowos war vollständige Ruhe; der Fünfschnecker ...

Wie in Romowos so in Gräna und Schwabbe, wo die ...

barungen gebrochen, Massenverhaftungen vorgenommen ...

Die Arbeitgeberverbände geben bekannt, daß sie von sich aus ...

Die Neubildung der Regierung.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird, wie die V. P. N. berichten, ...

Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung ...

Wir fordern eine viel radikalere Umbildung sowohl der Reichs- als der preussischen Regierung, ...

Nationalversammlung am Freitag?

Berlin, 24. März. (W. T. N.) Der Reichsrat der Nationalversammlung ...

Das geht nicht mehr so weiter. Die Regierung der Arbeiterschaft ...

Herr von der Gardt und Herr von der Gardt Kommandant. ...

Es ist wohl, daß Herr von der Regierung offiziell beauftragte Vertreter ...

Wir verlangen Antwort, denn wir sind es der Arbeiterschaft schuldig, ...

Auch ein Kapptrabant.

Herr Rektor Oberlein von der hierarchischen Hochschule hat ...

Hauptmann von Kessel doch dienstlos. Entgegen den Zweifeln der „Freiheit“ ...

So geht es nicht weiter!

Eine Woche ist seit Kapps und Lüttwigs Abgang schon verfloßen, ...

Ueber die Rückkehr der rechtmäßigen Regierung hat man ganz und gar vergessen, ...

In einigen Stellen des Reiches haben die Kämpfe gegen Kapp und Lüttwig ...

Vor allem in Berlin ist in der vergangenen Woche noch so gut wie gar nichts ...

Im Gegenteil, die militärische Position der Republik hat sich seit dem 13. März ...

Was sind Verordnungen über die Wiedereinstellung erlassen, ...

Was sind Verordnungen über die Wiedereinstellung erlassen, aber auf Grund ...

Die Kämpfe in Thüringen.

Weißer Terror.

Kassel, 25. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach Thüringen ist eine Kommission geschickt, der der Reichstagsabgeordnete Thöne angehört. Ueber die Tätigkeit der Kommission in Suhl liegt ein folgender Bericht vor:

Durch einen Kurier ließ sich die Kommission in Suhl anmelden. Dann wurde mit weißer Fahne die Fahrt angetreten. Etwa halbwegs Meiningen standen die ersten Vorposten der kämpfenden Arbeiter. Schwarze Patrouillen und harte Posten verfolgten die Kommission bis Suhl. In Suhl war alles auf den Weinen. Vom 15. bis 45. Lebensjahr stehen die Männer unter Waffen mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet. Die Kämpfe waren sehr heftig. Das kleine Suhl soll bereits 50 Tote haben. Nach verschiedenen Schilderungen beteiligten sich Frauen und Kinder an den Kämpfen, indem sie Patronen herbeischleppten, Verwundete bargen und die Kämpfenden mit Lebensmitteln versorgten. Die Reichswehrtruppen unterlagen. 70 Reichswehrsoldaten sind mit ihren Offizieren in Gefangenschaft geraten. Eine Anzahl von ihnen liegt vermurdet im Lazarett. Das Rathaus ist sichert durch Infanteriegeschosse durchlöchert, ebenso das Postgebäude. Der Kommission wurde folgende Aufklärung über die Vorfälle zuteil:

Die Reichswehr rückte in Suhl ein. Laut vorgefundenen Meldungen des Generals Stolzmann sollte sich der Führer mit der Arbeiterschaft in Verbindung setzen und sollte mitteilen, daß die Truppen gegen Kapp-Lüttich für die Verfassung stehen. Die Unterführer taten das Gegenteil. Sie besetzten das Rathaus und die Post. Der Generalstreik brach aus und das Unglück war da. Von Suhl aus zog sich der Kampf weiter. In Gotha stand die Arbeiterschaft im Kampfe gegen Reichswehr und grüne Sicherheitspolizei.

In Erfurt und Eisenach herrschte der weiße Schrecken gegen die Sozialisten aller Richtungen. Mitglieder aus Gotha warfen über Thüringen Flugblätter für die Kappregierung ab. Es wurde dann mit der Kommission verhandelt. Am Schluß wurden folgende Forderungen gestellt: 1. Die Reichswehrtruppen verlassen Erfurt, Kammensalza und Eisenach, verlegen ihre Front fünf Kilometer rückwärts und enthalten sich weiterer Kampfhandlungen. 2. Die politischen Gefangenen im Bereich der Reichswehrgrenze 11 werden innerhalb 24 Stunden freigelassen.

Als die Kommission nach Kassel zurückkehrte, erklärten Oberpräsident Schwander und Generalleutnant Stolzmann diese Bedingungen nicht für annehmbar!

Die Haltung des Obersten Rates.

Paris, 25. März. (Teleinformation.) In seiner gestrigen Sitzung hat der Oberste Rat beschlossen, in der Angelegenheit der deutschen politischen Geschehnisse abwartende Haltung einzunehmen und von aktiven militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland vorläufig Abstand zu nehmen.

Der amerikanische Kredit für Deutschland.

Wien, 25. März. (Tel.) Nach einer Berliner Meldung der „Neuen Freien Presse“ stehen die Verhandlungen über einen amerikanischen Kredit an Deutschland sehr günstig. Der Kredit von Amerika nicht direkt an Deutschland gewährt werden, sondern die amerikanische Regierung soll den Kredit denjenigen Personen und Körperschaften in Amerika gewähren, welche ihre Ware nach Deutschland exportieren.

Revolution in China?

Amsterdam, 24. März. Wie die Blätter melden, berichtet „Eastern Service“ aus Tokio, daß dort Gerüchte über eine Revolution in China im Umlauf seien. Auf allen Linien der chinesischen Ostbahn herrscht Aufruhr, der bolschewistische Charakter trägt. Tausende von chinesischen Soldaten haben das Sowjetheer verlassen und auf ihrem Wege nach China sibirische Städte geplündert; sie wurden an der chinesischen Grenze entwaffnet.

Akkordarbeit in Oberschlesien.

Opole, 25. März. (Tel.) Die interalliierte Regierungskommission hat eine Anordnung erlassen, worin sie für die oberschlesischen Eisenbahnwerkstätten das frühere Akkordlohnsystem wieder einführt, mit der Begründung, daß die Versorgung der oberschlesischen Bevölkerung mit Lebensmitteln vor allem von der Besserung des Eisenbahnverkehrs im Abfuhrungsgebiet, diese Besserung aber wieder von der Anzahl der verfügbaren Lokomotiven und Eisenbahnwagen abhängt.

Heimkehr aus Sibirien!

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien ist gesichert. Fünf japanische Dampfer sind fest gewartert, wovon der erste, „Scotland Maru“, am 20. März 1920 Wladivostok verlassen sollte. Die Kosten für die Heimführung von ungefähr 5000 Gefangenen betragen rund 150 Millionen Mark.

Holländische Vorsichtsmaßregeln.

Amsterdam, 24. März. „Telegraaf“ zufolge hat die niederländische Regierung infolge der Ereignisse in Deutschland ausgedehnte Maßregeln ergriffen, sowohl im Innern des Landes die Ruhe aufrechtzuerhalten, als auch um etwaige Streifzüge roter deutscher Truppenabteilungen vor Eindringung von Lebensmitteln in die Niederlande abzuwehren. Es ist den niederländischen Behörden bekannt, daß zwischen sozialistischen Führern im westfälischen Industriegebiet und niederländischen kommunistischen Führung besteht.

Die Bolschewisten bedrohen Polen.

Warschau, 26. März. Die Meldungen über die Wiederaufnahme der bolschewistischen Offensive an der polnischen Ostfront werden von polnischer Seite bestätigt. Der letzte Bericht des polnischen Generalstabes besagt, daß die Bolschewisten an der Wolynischen Front zum Generalangriff übergegangen sind. Die hartnäckigen und schweren Kämpfe dauern an. Nach der Aussage von gefangenen bolschewistischen Offizieren bereiten die Bolschewisten eine allgemeine Offensive in Wlohylen und Bobolien vor.

Groß-Berlin

Vor allem Lebensmittel!

Die Räder Berlins beginnen sich zu drehen. Die große Stadt arbeitet wieder im Bewußtsein eines schwer errungenen Sieges, und so sichtbar und pflichtbewußt die tätige Arbeit in den Straßen erwacht, so locken sich auch die öffentlichen lokalen Institutionen dieses Bewußtseins zur Pflicht machen und nicht in den alten Schlandrian verfallen. Man sollte alles tun, die Arbeitenden in ihrer beglückenden Arbeitslust zu erhalten, damit nicht ein weit schrecklicherer Rückschlag eintritt. Dazu ist vor allem notwendig, daß die Störung in der Nahrungsmittelversorgung mit allen Mitteln schleunigt behoben wird. Weiz man zum Beispiel, daß viele Bevölkerungsteile heute fast ausschließlich von Rindfleisch und Hering leben? Es gibt fast nichts anderes mehr zu einigermaßen erträglichen Preisen, selbst die unglücklich wuchernden Lebensmittelgeschäfte haben nichts mehr. Ein Fuhr, das sich ein besonders sauer für die „glücklichste Konjunktur“ aufbewahrt hat, wird für 160 Mark angeboten.

Gewiß ist vorauszusetzen, daß sich die Verhältnisse hier etwas bessern werden, sobald das Wirtschaftsleben wieder einigermaßen in Gang gerät. Aber es ist nicht damit getan, wenn die Verhältnisse wie vor dem 13. März wieder erbleiben.

Dem schamlosen öffentlichen Wucher in den Lebensmittelgeschäften, der aller Beordnung laut Hohn sprach, muß mit rücksichtsloser Entschlossenheit zu Leibe gegangen werden. Man scheue sich nicht, hier jede Instanz der öffentlichen Ordnung zur Belämpfung heranzuziehen.

Die Arbeitenden wollen hier Entschlüsse und Taten sehen und werden jeden praktischen Erfolg zu vergelten wissen. Schleunige Taten sind das Gebot der Stunde.

Die Freiwilligverteilung der Heißdarmer für unterernährte Berliner Kinder hat trotz der politischen Erschütterungen nicht nur in der vorigen Woche begonnen, sondern auch in dieser Woche programmäßig fortgesetzt werden können, ausgenommen nur Kesseln, Schöneberg und Steglitz, wo die Verteilung infolge Schließung der Schulen erst diese Woche beginnen kann. Es sind bisher gegen 12000 Bäckchen in Berliner Schulen, Kleinkindergärten, Kleinkinderkassen und Säuglingsfürsorgeeinrichtungen verteilt, sowie einige Tausend Bäckchen an Säuglinge, Kleinkinder und Kleinkinderfürsorge übergeben worden. Die Verteilung ist bis auf weiteres für 12 Wochen vorgezeichnet für diejenigen Kinder, die durch die Magistratsstellen bzw. Gemeindeverwaltungen nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung mit Verzehrsstörungen versehen worden sind, auf denen Ort und Zeit der Mitgabende verzeichnet stehen.

Flugl-Partung sabotiert das Wassertwerk Friedrichshagen.

Aus Friedrichshagen berichtet ein zuverlässiger Parteigenosse: Der Aufstand am Sonntag, dem 20. März, dem auf Seiten des Militärs fünf und von unbestimmten Parteien zwei Personen, darunter unser Parteigenosse Wieber (Schiffsteher) zum Opfer fielen, war in einer knappen Stunde erledigt. Die am Kampf beteiligten Unabhängigen hatten sich auf Köpenick zurückgezogen. Im Orte herrschte Ruhe, — kein Schuß hörte den trübseligen Einwohner.

Am Sonntag glich der Ort einem Festtag, aber bis mittags war der Ort geräumt. Ein Teil des Militärs unter Leitung des „berühmten“ Hauptmanns Flugl-Partung blieb zurück, um anstandslos für Ruhe und Ordnung zu sorgen und den Schatz des Wassertwerks Müllers zu übergeben.

Diese Gesellschaft macht sich nun zur Aufgabe, in robiateller Weise die ganze Umgebung unruhig zu machen.

Am Montag wurden 2 Wasserturbinen nach dem Werk bestellt; auf dem Wege dorthin wurden sie von den im Wassertwerk stationierten Truppen beschossen.

Auf einem anderen Wege ins Werk gelangt, wurden sie auf ihre Verladung von den Soldaten mit Totschlag bedroht. Unter dem Schuß von Offizieren mußten sie in einem Auto vom Werk transportiert werden.

Es ist verständlich, daß die streikenden Arbeiter unter diesen Umständen nur dann die Arbeit aufnehmen wollen, wenn diese Soldateska das Werk räumt. Die Forderung bei der Berliner Magistrat auch gestanden, aber die Gesellschaft geht nicht und bis jetzt hat sich keine Nacht gefunden, die Beseitigung durchzuführen.

Inzwischen geht die Gefährdung von Unterhändlern der Arbeiter und harmloser Spaziergänger weiter. Friedliche Spaziergänger werden bedroht.

Dem Vertrauensmann der Gemeindearbeiter, der zu Verhandlungen auf dem Werk war, wurde vom Kommandierenden der Truppe vorgeworfen, die Arbeiter seien eine „Paulsenzerbande“. Auf die Frage, ob er die Abendgabe des „Vorwärts“ vom Montag gelesen habe, erklärte Flugl-Partung: „die „Vorwärts“-Redakteure gehören ohne Ausnahme an die Kettenpöbele, — diese Schweinebande, — wenn ich in Berlin wäre, würde ich mit diesem Judenpaß anders verfahren.“

Am Dienstag wurden die Arbeiter zur Auslösung vor das Wassertwerk auf die Straße bestellt. Auf sie gerichtet wackelten Gewehre und von Nordwesten stromende Soldaten bildeten die Defileation. Jeder einzelne wurde namentlich aufgerufen und wenn bei dem Trupp von 200 Personen einer keinen Namen fälschlich gehört hatte, wurde er von einem Offizier mit vorgehaltenem Revolver zurückgerufen. Die Gemeindearbeiter haben beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis das Militär entfernt ist. Der Berliner Magistrat stimmt dem zu, aber diese Stützen der Kapp und Lüttich machen, was sie wollen. — Daß diese Truppen regierungsfreundlich seien, wird mit Recht bezweifelt, denn sie demonstrieren in Friedrichshagen mit den Reichs- und Kriegsgeldern der wilhelminischen Regierung, haben ihre Wertsachen mit einem weißen Prozeßschreiben bemalt und werden von der bürgerlichen Bevölkerung als Schützer gegen die „bolschewistische Gefahr“ betrachtet. In der vergangenen Nacht hat man in der Gegend der Wasserturbinen Schüsse fallen hören.

Es ist höchste Zeit, daß mit dem von zweifelhaften Truppen verübten gefährlichen Unfug gründlich aufgeräumt wird.

Erhebung des Steuerzuschlags von 50 Proz.

Nach Verluß der städtischen Ratsbeschlüsse vom 4. März 1920 gelangt für das Veranlassungsjahr 1919 zur Deckung der im Laufe des Steuerjahres hervorgetretenen neuen Gemeindebedürfnisse neben dem bereits erbobenen Zuschlag von 800 Proz. ein weiterer von 50 Prozent von dem veranlagten Normalsteuersatz der Gemeindefinkommensteuer zur Deckung. Diese Steuer ist mit ihrem vollen Jahresbetrag bereits fällig und soll in der Zeit vom 1. April bis 15. Mai d. J. in der bisherigen Weise zur Eingehung und Abführung gelangen. Diejenigen Steuerpflichtigen, bezüglich deren die staatlich veranlagte Steuer die unveränderte Grundlage der Zuschläge bildet, erhalten keine besondere Nachricht. Alle in den Stadtbezirken 81 bis 49 (Steuerklasse III, Kurflurstr. 143) und 178 bis 181 (Steuerklasse VII C, Petersburger Str. 1) veranlagten Steuerpflichtigen, von denen die Steuern nicht mehr abgeholt werden, erhalten noch eine besondere Aufforderung zur Eingehung dieses Zuschlages. Gegen diese Veranlagung haben den Verteilten dieselben Rechtsmittel und innerhalb derselben Frist zu wie sie in dem Veranlagungsschreiben über die Hauptveranlagung bekanntgegeben worden sind.

Wer durfte am Montag Verhaftungen vornehmen?

Eine sehr geheimnisvolle Angelegenheit, bei der am Montag dieser Woche 20 Personen verhaftet, in einem Lastautomobil fortgeschafft und seitdem spurlos verschwunden sind, bedarf dringend der Aufklärung. Es handelt sich um Bewohner der Mantuffelstraße und den angrenzenden Straßenzügen, vor deren Wohnung am Montag früh ein Automobil vorfuhr. Soldaten und Zivilisten drangen in die Wohnungen ein und erklärten die Leute kurzgefaßt für verhaftet. Obgleich von den Angehörigen der Verhafteten sofort umfangreiche Nachforschungen nach deren Verbleib angestellt wurden, ist es bis heute mittag nicht gelungen, eine Spur der Vermissten zu finden. Obwohl auf dem Berliner Polizeipräsidium wie auch bei den militärischen Kommandostellen wurde auf zahlreiche Anfragen poantiviert, daß dort von einer Verhaftung von 20 Personen in der Mantuffelstraße nichts bekannt sei und daß auch kein Haftbefehl erlassen sei. Nach einer Umfrage bei den Berliner Gefängnissen, Arrestanstalten und Polizeiwachen verlief ergebnislos. Von einer Anzahl Augenzeugen ist inzwischen festgestellt worden, daß das Panzerauto, das an dem fraglichen Montagmorgen im Begleitung zweier Lastkraftwagen in der Mantuffelstraße vorfuhr, den Namen „Rag“ getragen hätte und zum Kraftwagenpark der Charlottenburger Sicherheitspolizei gehört habe. Die Offiziere des Kommandos sollen keine Angaben gemacht haben. Wie hierzu von der Charlottenburger Sicherheitspolizei mitgeteilt wird, ist an dem fraglichen Montagmorgen das Panzerauto „Rag“ dieser Polizeiformation überhaupt nicht im Dienst gewesen und die Besatzung des Autos war dienstlos. Ebensonenig tragen Offiziere der Sicherheitspolizei im Dienst keine Nummern. Die Angelegenheit wird damit noch geheimnisvoller. Die Nachforschungen seitens der Behörden werden weiter fortgesetzt.

Auch unsere Umfragen in dieser Angelegenheit blieben ergebnislos. Die Nachforschungen nach dem Verbleib der 20 Leute müssen mit aller Gründlichkeit vorgenommen werden. Es muß sich doch schließlich feststellen lassen, wer am Montag das Reich hatte, Verhaftungen vornehmen zu lassen. Falls das nicht möglich ist, so muß angenommen werden, daß gewisse reaktionäre Truppenteile hier noch ihre Hand im Spiele haben und besonders nach dieser Richtung hin müssen sich die Nachforschungen erstrecken.

Die Staatsmuseen in Berlin sind wieder geöffnet worden, vorläufig meist nur bis 1 Uhr; die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums bis 4 Uhr.

Voller Stadt- und Ringbahnverkehr. Während am gestrigen Mittwoch nur die Stadtbahn den Betrieb in vollem Umfang aufgenommen hatte, auf der Ringbahn dagegen nur der Südring verkehrte, ist heute auch die Nordringstrecke wieder in voller Ausdehnung im Betriebe. Mit dem heutigen Tage verkehrt die Stadt- und Ringbahn wieder fuhrplanmäßig.

Nachhilfe für das Erzgebirge. Konto Preussische Staatsbank, Berlin, Markgrafenstraße 88. Bisher eingegangen: 83 538,80 M., dazu: Angestellte der „Nordstern“, Schöneberg 257,—, Luise Schlichtinger 20,—, Vormwärts-Buchdruckerei 200,50, Frauenabteilung der S. P. D. Wilmersdorf 50,—, Gewerkschaft Hannover durch Schmidt 200,—, Gemeindehauptkasse Oberkronenweide 500,—, Vormwärts-Verlag 500,—, Gesamtertrag 35 208,30 M.

Vermischte Lokalnachrichten.

An der 2. Städtischen Studien-Anstalt, der mit dem Sophien-Anzuch verbundenen Oberrealschule für Mädchen, wird im Sommersemester eine O.III.O und U.II.O eröffnet. Schülerinnen, welche die 3., 2. und 1. Lyzeumklasse erledigt haben, können aufgenommen werden. Meldungen bei Herrn Direktor Dr. W. G. G. (täglich von 11—12 Uhr). — Die Sparkassen A—L der Stadt Berlin bleiben am 31. März d. J. geschlossen, weil die Einführung der täglichen Verzinsung vom 1. April ab dies zur Durchführung technischer Maßnahmen notwendig macht. Die Abfertigung der Sparbücher bei den Zweigstellen und bei den „Rechenstellen“ werden von dieser Einschränkung nicht berührt. In das Sparbuch trägt die Sparkasse die Jahreszinsen ein und aufgeforderter bei der ersten Abfertigung des Buches bei der Kontenführenden Kasse im neuen Verrechnungsjahr ein. Von besonderer Vorlage des Sparbuches lediglich zum Eintragen der Jahreszinsen wird im Interesse der Sparter dringend abgeraten, namentlich für die Dauer des sehr geschäftreichen Monats April. Die besondere Sachvorlage würde den Spartern unnötige Mühe verursachen und dringendere Abfertigungen, namentlich Zahlungen, zum Schaden anderer Sparter hemmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 26. März:

Lichtenberg. Jubiläum-Konferenz, 7 Uhr, bei Kundowstr. 74. — Die Theatervorstellung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Kleinen Schauspielhaus, Jannowitzstraße, statt. Die Vorstellung beginnt um 24. Uhr. Die nicht verkauften Billets müssen spätestens bis Sonntagabend zurückgegeben werden.

Wirtschaft

Oekonomische Hintergründe.

Am 16. Februar brachte der „Vorwärts“ in Nr. 86, einen Aufsatz mit der warnenden Ueberschrift: „Es spielen drei Preise“, der mit den Worten schloß: ein Gefahr anziehendes Spiel! Er forderte die Festlegung der Preise für die Hauptprodukte für einen längeren Zeitraum und fogte, daß nur feste Produktionskosten und noch reiten könnten, denn die Preiskäufen allen Einkommen davon. Auch im Reichswirtschaftsrat ist die gleiche Forderung von uns gestellt und vor den Folgen der bisherigen Politik gewarnt worden.

Eine alle Schichten des Volkes, mit Ausnahme der Schieber, durdringende, überaus große Unzufriedenheit, ja Uerlitterung über die ungeheuer erschweren wirtschaftlichen Lebensverhältnisse hat den Boden geschaffen, der für einen politischen Ruck eine ausreichend feste Unterlage zu bieten schien. Ueberall, auch in den breitesten Arbeiterschichten, hörte man deutlich vernehmbar die Aeußerungen, so kann es nicht mehr weiter gehen!

Mit dem politischen Ruck und seiner Rückerschlagung ist die Katastrophe keineswegs überwunden, es bedarf vielmehr schnellstens einer völligen Uenderung der ökonomischen Verhältnisse.

Fragen wir nochmals, welche Ursachen zu den unerträglich gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen geführt haben, so müssen wir antworten, daß es zwei Ursachen vor allem waren, erstens die absolute Warenknappheit gegenüber dem Massenbedarf und zweitens die unerhörte Steigerung der natürlichen Wirkung dieser Warenknappheit, der Preissteigerung durch einen verbrecherisch tätigen Schieber- und Kettenhandel. Die Kurdt vor einem „Staatsbankrott“ hat außerdem Millionen Menschen veranlaßt, ihre Guthaben bei Banken und Sparkassen in Anspruch zu nehmen, um Waren damit zu kaufen oder in Aussicht auf die weiter steigenden Preise das im voraus zu kaufen, was später überhaupt nicht mehr erstanden werden kann. Die Warenknappheit am Markt ist dadurch noch weiter erhöht worden.

